



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

## **Resolution Nr. 1**

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 169. Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien  
am 25. Oktober 2017

### **GEHT'S DEM SOZIALSTAAT GUT, GEHT'S UNS ALLEN GUT!**

Obwohl der österreichische Sozialstaat ein international anerkanntes Erfolgsmodell darstellt, gerät er in der jüngsten Vergangenheit zunehmend unter politisch motivierten Druck. Zu befürchten ist ein massiver „Sozialabbau durch die Hintertür“ – Stichwort: Milliarden an Unternehmen und Besserverdienende unter dem Etikett einer Abgabensenkung um rund 3 % des BIP im Wesentlichen zu Lasten der Sozialbudgets. Bereits im Vorfeld wird der Boden für die Kürzung von Sozialleistungen vorbereitet durch völlig überzogene Missbrauchs- und Bürokratiendebatten und sachlich unhaltbare Behauptungen („Kostenexplosion“, „Unfinanzierbarkeit“, „nicht nachhaltig“ etc).

Den SozialstaatskürzerInnen gilt es auch erfolgreich die Stirn zu bieten. Denn eines ist klar: Wer beim Sozialstaat kürzt, produziert nicht nur individuelle Härtefälle, sondern schwächt den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft und gefährdet letztendlich auch den Wirtschaftsstandort.

Der Sozialstaat (in Österreich) leistet viel – deshalb lohnt es sich für ihn einzustehen:

#### **Sozialstaat schafft Ausgleich in Wirtschaft und Gesellschaft**

Die „reine“ Marktwirtschaft schafft erfahrungsgemäß weder ein „Fair Play“ noch eine gerechte Verteilung der Einkommen. Würde der Staat nicht eingreifen, wäre die Ungleichheit noch viel stärker. Mit welchen Ungleichheiten sehen wir uns aktuell ohnedies konfrontiert? Augenscheinlich sind ua die Stagnation der Lohnneinkommen, während Gewinn- und Vermögenseinkommen stetig steigen, die Segmentierung am Arbeitsmarkt (zB steigende Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse), die ungerechte Verteilung von sozialen Risiken (zB „Vererbung“ von Bildung) und Defizite im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter. Würde der Staat nicht umverteilend und ausgleichend eingreifen, wäre es mit dem sozialen Zusammenhalt vorbei. Ein Beispiel: Ohne Sozialleistungen – insbesondere öffentliche Pensionen – wäre die Armutsgefährdung in Österreich dreimal so hoch!

#### **Sozialstaat als Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg**

Die Standortqualität bzw Wettbewerbsfähigkeit eines Landes steht in einem engen Zusammenhang mit den sozialstaatlichen Rahmenbedingungen. Exemplarisch seien nur einige der positiven Wirkungsketten des Sozialstaats auf die Wirtschaftskraft angeführt:

- Offensichtlich gehen sozialer Ausgleich, wirtschaftlicher Erfolg und hohe Produktivität mit einer hohen Sozial- und Abgabenquote einher. Deshalb ist in reichen Ländern wie Österreich die Sozialquote höher als in armen und, um das zu finanzieren, auch die Abgabenquote.
- Das öffentliche Angebot bzw die öffentliche Finanzierung von Dienstleistungen für Pflege, Kinderbetreuung und Bildung schafft direkt Arbeitsplätze.
- Bestimmte sozial-, arbeitsmarkt-, bildungs- und familienpolitische Maßnahmen erhöhen die Arbeitsmarktchancen der Menschen und sichern über einen hohen realisierten Beschäftigungsstand wiederum die Finanzierungsgrundlage des Sozialstaats.



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

- Der Zugang zu und die Qualität von Bildungsangeboten und Gesundheitsleistungen sind wichtige Determinanten für das Heben und Erhalten von Produktivitätspotenzialen.
- Der Sozialstaat unterstützt auch Anpassungsprozesse im Rahmen des Strukturwandels und der Digitalisierung, in dem er Menschen bei Umschulungen und Weiterbildungen unterstützt bzw den Unternehmen Anpassungsförderungen (zB Förderung von Kurzarbeit) zufließen.
- Der Sozialstaat glättet durch Arbeitsmarkt-, Konjunkturpakete und Lebensstandardsicherung in schwierigen Lebenslagen und Krisenzeiten konjunkturelle Schwankungen und wirkt dadurch stabilisierend.
- Soziale Sicherheit wirkt gegen Polarisierung und Ausgrenzung. Das trägt zu einem Sicherheitsgefühl und gegenseitigem Vertrauen bei, das nicht nur die Lebensqualität positiv beeinflusst, sondern auch vielfach – unproduktive (!) – Aufwendungen für innere Sicherheit obsolet macht.

Abgesehen von einer weiteren Vielzahl an ökonomischen und sozialpolitischen Argumenten für einen starken Sozialstaat und dem zunehmend anerkannten Faktum (ua OECD), dass weniger Ungleichheit wachstumsfördernd ist, bedeutet es für die meisten Menschen auch mehr Lebensqualität in einer Gesellschaft zu leben, die noch eine breite Mitte zulässt. Die Alternative dazu wäre eine Plutokratie, in der wenige Superreiche die Regeln für das Wirtschaftsleben und die Demokratie festlegen – und das meistens ausschließlich zum Vorteil von Eliten.

### **Stabiles Sozialsystem bringt stabile Erwartungen**

Nur durch verlässliche Institutionen – dazu gehören die konkreten Sozialleistungen, aber auch die öffentlichen Einrichtungen – lässt sich nachhaltig eine Stabilität der Gesellschaft erhalten. Diese Verlässlichkeit und Stabilität ist für jeden Menschen wertvoll, da eine gewisse Planbarkeit im Leben ermöglicht wird. „Sicherheit im Wandel“ ermutigt auch Menschen zu anstehenden Veränderungen, die zB die zunehmende Digitalisierung mit sich bringt. Andererseits profitieren gerade auch die Unternehmen dadurch, dass langfristige Kapazitätsplanungen möglich sind und getätigte Investitionen nicht durch Unsicherheit und Unruhen entwertet werden. So sind auch beispielsweise vernünftige Arbeitsbeziehungen, wie sie die österreichischen Sozialpartner seit Jahrzehnten auf kollektiver und betrieblicher Ebene vorleben, eine Win-Win-Situation: Diese auf Vertrauen entstandenen Beziehungen waren stets ein Garant für sozialen Frieden, reibungsloses Wirtschaften und ein verantwortungsbewusstes Miteinander. Darum werden wir weltweit beneidet.

### **Länder mit hohen Sozialstandards „performen“ besser**

Der internationale Vergleich macht sicher: Länder mit hohen Sozialstandards und einer funktionierenden Sozialpartnerschaft weisen die besseren Ergebnisse aus. Diese Einsicht ist seit einigen Jahren auch der EU Kommission bewusst. Nicht nur bei der Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch bei Sozial- und Umweltindikatoren haben diese Länder die Nase vorne. Österreich darf sich stolz als Teil dieser Spitzengruppe sehen. Wer diesen Weg verlassen will, sollte es offen sagen. Wir werden uns jedenfalls auch in Zukunft mit aller Kraft dafür einsetzen, dass der „österreichische Weg“ des sozialen Dialogs und Ausgleichs fortgesetzt und weiterentwickelt wird.

### **Sozialleistungen als „automatische“ Stabilisatoren**

Unbestritten ist, dass Länder mit hohem Sozialschutz auch besser durch die Krise gekommen sind. Das hängt ua damit zusammen, dass ein robustes Sozialsystem bzw ein aktiver Sozialstaat konjunkturelle Schwankungen glätten kann: Er kann dies durch Konjunkturpakete oder öffentliche Beschäftigungsprogramme tun, oder einfach auf das Wirken der sogenannten „automatischen Stabilisatoren“ setzen: Selbst in Krisenzeiten können die Menschen zB dank Arbeitslosenunterstützung



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der AK Wien

oder sichere Pensionen einen bestimmten Lebensstandard halten und sichern durch den Kaufkraftverlust einen stabilen Verlauf der privaten Konsumausgaben – einem zentralen Anker für den Wirtschaftsstandort.

### **Stabiler Ressourceneinsatz seit Mitte der 1990er Jahre**

Neben der hohen Effektivität und Leistungsfähigkeit lässt sich für Österreich auch eine relativ hohe Beständigkeit der Sozialausgaben konstatieren: 2007, also vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen BIP-Einbruch, lag die Sozialquote sogar niedriger als 1995. Berücksichtigt man, dass manche Sozialleistungen – allen voran Pensionen – selbst einer Besteuerung oder Sozialversicherungspflicht unterliegen, so liegt die Nettoquote der Sozialausgaben derzeit bei ca 27 %.

### **Verbesserungspotenziale nutzen: Weiterentwicklung und Investitionen!**

Der österreichische Sozialstaat hebt sich in vieler Hinsicht von anderen Ländern positiv ab: 98 % der ArbeitnehmerInnen unterliegen einem Kollektivvertrag; die gesetzlichen Pensionen sind auf einem deutlich höheren Niveau als zB in Deutschland; Hartz IV-Ansätze oder ein riesiger und unwürdiger Niedriglohnsektor sind zum Glück nur Warningschilder jenseits der Staatsgrenze; die Jugendarbeitslosigkeit ist relativ niedrig; Investitionen in die soziale Infrastruktur sind als „Offensivmaßnahmen“ anerkannt. Klar ist aber auch, dass es auch Handlungsbedarf gibt. Nicht-Handeln in zentralen Bereichen – das gilt besonders für die Beantwortung der sozialen Frage im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise – bedeutet keinesfalls eine „billige“ Lösung von Problemen. Das Gegenteil ist der Fall: Das Negieren und Verschleppen von notwendigen Leistungsverbesserungen im System und das Aufschieben von Investitionen erhöht das individuelle Leid und auch die gesellschaftlichen Folgekosten. Entsprechend gilt es das positive Bild des Sozialstaats in Österreich tagtäglich zu bestätigen, bedarfsgerecht zu adaptieren und gegen einen drohenden Sozialabbau mit Entschiedenheit zu schützen. Die Zukunft bleibt positiv gestaltbar – am ehesten mit einem starken sozialen Netz!

**Die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien fordert daher die kommende Bundesregierung auf,**

- **Klares Bekenntnis der politisch Verantwortlichen in Österreich zu einem starken und aktiven Sozialstaat, der Sicherheit im Wandel garantiert. Für dieses Bekenntnis gilt es auch auf dem internationalen Parkett vehement einzustehen.**
- **Absicherung und Weiterentwicklung der bestehenden sozialstaatlichen Standards.**
- **Die Inklusion möglichst weiter Teile der Gesellschaft in das Erwerbsleben und in ein soziales Miteinander.**
- **Das Anerkennen, dass wirtschaftlicher Erfolg und ein gut ausgebauter Sozialstaat keine Gegensätze sind – im Gegenteil: sie stützen einander!**
- **Umsetzung einer Steuerstrukturreform zur Entlastung des Faktors Arbeit – von der auch niedrige EinkommensbezieherInnen und PensionistInnen etwas haben – statt einer selektiven Abgabensenkung in Form von Milliardenengeschenken an Unternehmen und BesserverdienerInnen.**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig